

Wir als Offenes Antifaschistisches Plenum  
Rosenheim freuen uns sehr über die Möglichkeit,  
hier und heute einen Redebeitrag halten zu  
dürfen und mit euch allen zusammen für  
Klimagerechtigkeit auf die Straße zu gehen.

Hochwasser, Dürren und Waldbrände -  
spätestens im Jahr 2021 ist die  
Klimakatastrophe endgültig im Globalen  
Norden angekommen. Das Leid, die Toten und  
die Zerstörung sind endgültig auch vor unserer  
Haustür - und 2021 war nur ein Vorgeschmack  
auf all die Katastrophen, die noch folgen  
werden. Und doch sind es nicht wir in Europa,  
die am härtesten von der Klimakatastrophe  
betroffen sind, denn die Klimakrise ist  
neokolonial. Während der Reichtum des Westens  
auf der Ausbeutung des Planeten und des  
Globalen Südens beruht, sind es gerade die  
Länder dort, welche heute schon mitten in der  
Klimakrise leben. Ein paar Beispiele gefällig!  
Madagaskar kämpft aktuell mit der schlimmsten  
Hungersnot der letzten 40 Jahre, ausgelöst von  
Dürren und den daraus folgenden  
Ernteaussfällen. Die Bevölkerung in Bangladesch  
ist Fluten und Zyklonen ausgesetzt. In Zukunft  
werden ganze Landstriche des Globalen Südens  
unbewohnbar sein, es wird zu großen  
Migrationsbewegungen kommen, Kriege um  
Wasser und Nahrung werden ausbrechen und  
viele Menschen werden sterben.

Wissenschaftler\*innen und Klimaaktivist\*innen warnen schon seit Jahren vor den verheerenden Folgen des Klimawandels. Spätestens seit dem Großstreik 2019 ist das Thema Klimakrise in der Gesellschaft angekommen. Eigentlich wäre ja jetzt davon auszugehen, dass unsere Politiker\*innen und die Gesellschaft alles in ihrer Macht stehende unternehmen wird, um die Folgen des Klimawandels möglichst gering zu halten. Doch das ist noch nicht mal annähernd der Fall! Keine einzige Partei hat ein Programm, um zumindest die Pariser Klimaziele und eine Erderwärmung von maximal 1,5 Grad einhalten zu können! Dass von KlimawandelleugnerInnen wie der AfD oder den Wirtschaftslobbyist\*innen von FDP und Union keine effektiven Konzepte zur Bekämpfung des Klimawandels kommen, überrascht uns wenig, mussten wir doch seit jeher Erfolge in Sachen Umweltschutz und Fortschritte sozialer Bewegungen gegen rechte, konservative und neoliberale Kräfte verteidigen!

Doch auch der angeblichen „Umwelt“-Partei, den Grünen, fehlt es an Perspektiven zur Lösung der Klimakrise. Forderungen wie die höhere Besteuerung von Kurzstreckenflügen oder die Reduzierung des Konsums von Billigfleisch sind kaum mehr als Symbolpolitik, bleibt das wahre Problem, ein Mensch und Natur ausbeutendes kapitalistisches Wirtschaftssystem doch unangetastet. Wir werden Klimagerechtigkeit nicht ausschließlich durch Einkaufen ohne

Plastik oder Rad fahren erreichen. Wir brauchen einen grundlegenden Systemwechsel! Weg von unserem heutigen kapitalistischen, auf ständiges Wachstum ausgelegten Wirtschaftssystem, hin zu einem gerechten, solidarischen und bedarfsorientierten Zusammenleben. Dass so etwas möglich ist, zeigen uns die Zapatistas in Mexiko oder die Revolution in Rojava!

Auf welcher Seite unser Neoliberaler Staat im Kampf um unsere Zukunft steht, konnten wir erst vor 2 Wochen bei den Protesten gegen die Internationale Automobil-Ausstellung in München eindrucksvoll sehen. Unser legitimer Protest gegen das Greenwashing-Event des automobilen Kapitalismus wurde von Anfang an kriminalisiert, Aktivist\*innen in Präventivgewahrsam genommen, die Pressefreiheit massiv eingeschränkt und die IAA von 4500 Polizist\*innen, deren Knüppel und Pfefferspray vor sämtlichen Störungen durch unseren wichtigen Protest „geschützt“. Der Staat hat sich hier einmal mehr zum Handlanger des Kapitals gemacht.

Auch beim Protest gegen den Braunkohleabbau und den viel zu späten Kohleausstieg fungiert unser Staat als Erfüllungsgehilfe der Wirtschaft! Sei es bei den Aktionen des zivilen Ungehorsams von Ende Gelände, oder der Besetzung des Hambacher Forst, um diesen vor dem Tagebau zu retten. Das Land NRW versucht stets, beste Bedingungen für den wirtschaftlichen Erfolg von

RWE und Co zu schaffen, ungeachtet der enormen Umweltzerstörung und des CO2-Ausstoßes durch den Kohleabbau. Der CDU-Kanzler\*innenkandidat Armin Laschet hat die vor einigen Wochen als illegal eingestufte Räumung des Hambis zu verantworten - jenen Polizeieinsatz, bei dem der Foto Journalist Steffen Meyn tödlich verunglückte. Armin Laschet trägt eine Mitschuld an seinem Tod!

Alleine der Klimabewegung ist es zu verdanken, dass der Hambi nicht gerodet wurde, und auch wenn uns diesmal vor Gericht Recht gegen wurde, zeigt sich deutlich, dass Staat und Kapital Hand in Hand gehen - im Notfall auch über Leichen.

Doch nicht nur im CSU-regierten Bayern wird die Klimabewegung kriminalisiert. Auch im grün regierten Hessen wurde im Jahr 2020 noch ein Wald für den Bau einer Autobahn gerodet: der Dannenröder Forst. Gegen diese Rodung hat sich Widerstand gebildet und der Danni wurde besetzt. Im Rahmen der Räumung der Baumhäuser ist es zu massiver Polizeigewalt gekommen, es wurden durch das Durchschneiden von Sicherungsseilen Menschenleben gefährdet - und unsere Freundin Ella wurde von den staatlichen Schergen festgenommen und soll jetzt über 2 Jahre eingesperrt werden, nur weil sie für eine lebenswerte Zukunft kämpft!

Doch wir lassen uns davon nicht einschüchtern, denn es geht hier um alles - nämlich um unsere Lebensgrundlage, und damit um unsere Zukunft! Um Veränderung zu erreichen, brauchen wir eine starke Klimabewegung. Lasst uns den Druck auf der Straße aufrecht erhalten, denn unser Kampf endet nicht am 26.9 - er hat gerade erst begonnen! Egal ob mit Fridays for Future, Ende Gelände, Sand im Getriebe oder anderswo: Organisiert euch und geht auf die Straße!

Wir laden alle Menschen aus Rosenheim und Region, die sich Antikapitalistisch organisieren wollen ein, bei einem unserer nächsten offenen Treffen vorbeizuschauen.

Unsere nächstes Treffen findet am 10.10 um 17 Uhr im Z (Inn Straße 45a) statt. "